Aktionsplan

AUSBILDUNG KANN MEHR!

Fachkräfte sichern, Chancen schaffen

gruene-hessen.de

Ausbildung kann mehr!

Fachkräfte sichern, Chancen schaffen

Die berufliche Bildung ist ein wesentlicher Pfeiler unseres Bildungssystems und der Fachkräftesicherung. Um die berufliche Bildung und die Ausbildung zu stärken, legen wir einen umfassenden Aktionsplan mit konkreten Maßnahmen für Hessen vor.

Die Herausforderungen sind vielfältig: Einerseits suchen Betriebe händeringend nach qualifizierten Auszubildenden, andererseits finden viele junge Menschen keinen passenden Ausbildungsplatz. Laut einer Befragung der Bertelsmann Stiftung möchte aktuell jede fünfte Person nach der Schule direkt ins Arbeitsleben einsteigen, ohne vorher einen Beruf zu erlernen. Zudem wissen viele junge Menschen am Ende ihrer Schulzeit noch nicht, welchen Beruf sie ergreifen wollen. Bei Menschen mit Abitur gibt es die Tendenz, zunächst ein Studium aufzunehmen, auch wenn die individuellen Stärken und Fähigkeiten eher bzw. auch für eine duale Berufsausbildung sprechen würden.

Mit unserem Aktionsplan reagieren wir auf diese Situation und schaffen strukturelle Verbesserungen und neue Anreize. Wir stärken die berufliche Orientierung, modernisieren die Berufsschulen und machen die Ausbildung attraktiver. So sichern wir den Fachkräftenachwuchs und eröffnen jungen Menschen in Hessen vielfältige berufliche Perspektiven.

Unsere Maßnahmen im Detail

1. Investitionsprogramm Berufliche Schulen

Moderne Lernumgebungen und zeitgemäße technische Ausstattung sind unerlässlich, um eine qualitativ hochwertige Ausbildung zu gewährleisten und um die Berufsausbildung attraktiv zu gestalten. Wir wollen deshalb zusätzlich 100 Millionen Euro aus dem Sondervermögen des Bundes an die Kommunen weitergeben, damit gezielt in die Modernisierung und Ausstattung beruflicher Schulen investiert werden kann.

2. Echtes Landesprogramm für Azubiwohnheime

Obwohl vielerorts bezahlbarer Wohnraum fehlt, gibt es für Auszubildende im Gegensatz zu Studierenden bisher kaum speziell auf ihre Bedürfnisse ausgerichtete Wohnheime. CDU und SPD haben in ihrem Koalitionsvertrag ein eigenes Landesprogramm zur Finanzierung von Azubi-Wohnheimen angekündigt. Doch das besteht bisher nicht mehr als auf dem Papier. Deswegen fordern wir, den Ankündigung aus dem Koalitionsvertrag zur Gründung von Azubiwerken und zur Förderung von Azubiwohnheimen endlich Taten folgen zu lassen und u.a. ein festes Mindestbudget und konkrete Ausbauzielen für Azubiwohnheime vorzusehen.

3. Mobilitätszuschuss ausweiten

Im DGB-Ausbildungsreport 2025 geben knapp zwei Drittel der Befragten an, von ihrer Ausbildungsvergütung nicht leben zu können. Den Mobilitätszuschuss für lange Fahrtwege vom Wohnort bis zur Schule wollen wir deswegen ausweiten, um Auszubildende stärker finanziell zur entlasten.

4. Digitalisierung nutzen

Um Belastungen zu verringern und Fahrtwege zu minimieren wollen wir die Möglichkeiten der digitalen Beschulung als Ergänzung zum Präsenzunterricht vor allem in überregionalen und Landesfachklassen der Berufsschulen stärker ermöglichen.

5. Praktika ausbauen

Berufsorientierung in der Schule muss weiter gestärkt werden. An Gymnasien soll es künftig ein zweites Praktikum in der Sekundarstufe I geben. Außerdem sollen mehrwöchige Praktikumsphasen mit wechselnden Praktikumsstätten ermöglicht werden. Darüber hinaus wollen wir das Modell Schule Plus – wie es an der Johann-Textor-Schule in Haiger praktiziert wird – forcieren. Dabei werden in Kooperation mit lokalen Ausbildungsbetrieben wöchentliche Berufspraxistage durchgeführt. Zur Unterstützung dieser wichtigen Aufgabe wird die Stundenzuweisung zur Berufsorientierung erhöht und die Verzahnung mit der Bundesagentur für Arbeit verbessert.

6. Berufspraxisklassen für abschluss- und anschlussgefährdete Schüler*innen

Mit den PUSCH-Klassen gibt es an einigen Hauptschulen spezielle Berufspraxisklassen für abschluss- und anschlussgefährdete Jugendliche. Durch eine enge Förderung in kleineren Klassen, zusätzliche sozialpädagogische Unterstützung und einem starken Fokus auf die Berufsorientierung schaffen die Schüler*innen in diesen Klassen doppelt so oft den Übergang in eine duale Berufsausbildung. Wir wollen das erfolgreiche Programm weiter in die Fläche bringen und an 50 weiteren und somit an etwa doppelt so vielen Schulen mit Hauptschulbildungsgang wie bisher spezielle Berufspraxisklassen einführen. Perspektivisch wollen wir erreichen, dass an allen Schulen mit Hauptschulbildungsgang eine Berufspraxisklasse eingerichtet wird.

7. Keine Azubis abschieben

Einerseits fehlen in vielen Berufsfeldern Azubis, andererseits werden Menschen während oder kurz vor Beginn ihrer Ausbildung abgeschoben. Wir setzen uns dafür ein, dass gut integrierte und engagierte Auszubildende bleiben dürfen. Die bestehenden Möglichkeiten einer Ausbildungsduldung oder einer Aufenthaltserlaubnis zur Berufsausbildung werden nicht ausreichend genutzt. Wir fordern, dass während der Prüfung der Anträge nicht abgeschoben wird. Zudem müssen die zuständigen Behörden die Anträge rechtzeitig vor Ausbildungsbeginn bearbeiten und bestehende Ermessensspielräume ausschöpfen.

8. Positivlisten für leichtere Anerkennung ausländischer Abschlüsse

Positivlisten sollen für ausgewählte Berufsfelder die Anerkennung ausländischer Abschlüsse einfacher machen. Während derzeit jeder im Ausland erworbene Abschluss individuell geprüft werden muss, sollen die Positivlisten aufzeigen, welche ausländischen Abschlüsse mit unseren vergleichbar sind. Außerdem formulieren Positivlisten standardisiert, welche Nachqualifikationen ggf. erforderlich sind, bevor ein Abschluss anerkannt werden kann. So können Anerkennungsverfahren deutlich beschleunigt werden und gut ausgebildete Fachkräfte entsprechend ihrer beruflichen Qualifikation arbeiten.

9. Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung leben

Formal hat Hessen den Zugang zu Hochschulen für beruflich Gebildete geöffnet, faktisch stagnieren die Zahlen. Die verschiedenen Wege, um nach einer Ausbildung ein Studium aufzunehmen, wollen wir deshalb mehr bewerben und strukturell stärken, bspw. durch den Ausbau dualer Studiengänge. Außerdem wollen wir die Beratung in eine Ausbildung für Studienzweifler*innen und Studienabbrecher*innen an den Hochschulen durch eine Verankerung von Handwerks- und Handelskammern in der Studienberatung auf dem Campus stärken.

10. Pflegeausbildung stärken

Die Abbruchsquoten in der Pflegeausbildung sind sehr hoch: Etwa jede fünfte Person bricht die Ausbildung ab. Um die Ausbildungserfolge zu sichern, wollen wir sozialpädagogische Unterstützung an allen hessischen Pflegeschulen einrichten. Dadurch werden die Auszubildenden zusätzlich gefördert und Auszubildende aus dem Ausland können besser integriert werden.

11. Praktikumsprämie im Handwerk

Analog zum Vorgehen in Thüringen wollen wir Schüler*innen ab 15 Jahren, welche während der Schulferien ein freiwilliges Praktikum im Handwerk absolvieren, eine Prämie in Höhe von 120 Euro pro Woche zahlen. Dies soll einen Anreiz setzen, verschiedene Handwerksberufe kennenzulernen und sich auch außerhalb der Schulzeit mit Berufsorientierung zu befassen.

12. Erzieher-Ausbildung verkürzen

Die Ausbildung zur Erzieherin oder zum Erzieher dauert in der Regel fünf Jahre und wird oft als zu lang empfunden. Wir wollen die Ausbildung – wie in Bayern – auf vier Jahre verkürzen, indem statt der zweijährigen Ausbildung zur Sozialassistenz ein sozialpädagogisches Einführungsjahr auf die eigentliche Ausbildung vorbereitet. Während die Sozialassistenz verschiedene Einsatzfelder umfasst, fokussiert sich das Einführungsjahr auf das nötige Vorwissen für die Erzieher-Ausbildung. Damit gelingen eine hochwertige und attraktive Ausbildung sowie ein schnellerer Berufseinstieg.

13. Schulgelder abschaffen

Unglaublich aber wahr: In einigen Ausbildungsberufen im sozialen Bereich wird nach wie vor ein Schulgeld fällig. Für angehende Erzieherinnen, Sozialassistenten, Heilpädagoginnen sowie Heilerziehungspfleger wollen wir die Schulgelder abschaffen und so finanzielle Hürden an den privaten Fachschulen für Sozialwesen beseitigen.

Zuständige Abgeordnete

Felix Martin
Sprecher für Arbeit, Ausbildung und frühkindliche Bildung
0611 / 350 749
f.martin@ltg.hessen.de
regional zuständig für den Werra-Meißner-Kreis

Sascha Meier
Sprecher für Berufliche Bildung, politische Bildung und weiterführende Schulen, Sprecher für Erinnerungskultur
0611 / 350 783
s.meier@ltg.hessen.de
regional zuständig für den Landkreis Kassel